

Editorial Mitgliederbrief Januar 2024

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Europa-Union!

2024 wird ein Superwahljahr. In Deutschland könnten die ostdeutschen Landtagswahlen die AFD zur stärksten Kraft machen, welche die Europäische Union durch einen Bund der Nationalstaaten ersetzen will. Wie sich Deutschland dann im weltpolitischen Raum behaupten will, bleibt das Geheimnis der Partei. Wenn wir über den Ärmelkanal schauen, erkennt heute selbst die Mehrheit der BREXIT-Wähler, dass vom angekündigten gloriosen Aufstieg Großbritanniens nach dem Ausstieg aus der Union nichts übrig geblieben ist. Gleichberechtigter Partner der USA? Pustekuchen – ein bilaterales Partnerschaftsabkommen wurde noch nicht einmal verhandelt. Wirtschaftliche Dynamik durch Ablegen der angeblichen regulatorischen Brüsseler Fesseln? Minus fünf Prozent Bruttosozialprodukt. Eindämmung der Migration? Statt europäischer Arbeitnehmer und zum Teil wichtiger Dienstleister mehr Migranten aus Asien. Ergebnis: die großspurigen Tories werden Ende des Jahres oder spätestens im Januar 2025 wohl krachend abgewählt werden.

Wichtige Wahlen werden auch in Indien und den USA stattfinden. Kann Premierminister Modi seinen Kurs fortsetzen und sein Land gegenüber China stärker positionieren? Werden die US-Gerichte Donald Trump wegen seiner Rolle beim Aufstand im Kapitol am 6. Januar 2021 disqualifizieren oder zumindest die Mehrheit der amerikanischen Wähler ihm die Rückkehr ins Weiße Haus verwehren? Falls nicht, wird die zweite Amtszeit des Populisten sowohl innen- als auch außenpolitisch kein Zuckerschlecken. Die Verfolgung unliebsamer Gegner, eine rechtsextreme Innen- und Migrationspolitik und die

Aufkündigung der Unterstützung der Ukraine könnten die Folge sein. Da gibt es nur eins: Europa muss sich für alle Szenarien vorbereiten, und zwar schnell.

Vor diesem Hintergrund wird die Europawahl im Juni 2024 besonders wichtig. Die Wählerinnen und Wähler mögen sich fragen, welche Kräfte die grüne und digitale Transition energisch vorantreiben. Andere könnten eher auf den Beitrag der Parteien zur wirtschaftlichen Dynamik oder zur sozialen Kohäsion schauen. Darüber schwebt die meines Erachtens zentrale Frage für jeden Spitzenpolitiker: Wie hältst Du es mit der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik? Bist Du bereit, den Abwehrkrieg der Ukraine gegen das imperiale Russland weiter finanziell und militärisch zu unterstützen und die europäischen Strukturen hierfür zu stärken? Willst Du das Dogma der Einstimmigkeit in der Außenpolitik aufgeben, weil die Autonomie Europas anders nicht geschützt werden kann? Und kannst Du dir vorstellen, dass endlich auch die EU-Kommission verkleinert und das Parlament effizienter wird? All diese Fragen werden unerbittlich auf die Wahlkämpferinnen und –kämpfer einprasseln. Und sie werden im Zusammenhang mit der nächsten Erweiterung Antworten gebieten. In dieser Ausgabe können Sie hierzu einen Vorgeschmack bekommen. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, McAllister legt seine Sicht zur EU Wahlrechtsform dar. Der frühere juristische Berater von Kommissionspräsident Juncker, Prof. Calliess aus Berlin, sieht dringenden Reformbedarf und möchte das wirtschaftliche Kerneuropa mit Pioniergruppen für politische Vertiefungsprojekte verbinden. Auch Dr. Anna Lührmann, Staatsministerin für Europa und Klima, schreibt in ihrem lesenswerten Gastbeitrag über die Erweiterung und Reformen.

Reicht Ihnen diese Ansammlung von Expertenansichten noch nicht? Dann empfehle ich dringend, sich den 10. April 2024 vorzumerken, wenn wir die Elefanten-Runde in der Landesvertretung Hessen abhalten werden.

Das Spitzenpersonal der im Bundestag und dem EP vertretenen Parteien wird seine jeweiligen europapolitischen Schwerpunkte live skizzieren. Diesen Leckerbissen sollten Sie sich nicht entgehen lassen.

Und schließlich noch zwei verbandsinterne Meldungen. Seit einiger Zeit arbeitet Sabine Overkämping aktiv im Vorstand mit, wofür ich ihr herzlich danke. Sie gibt Einblick in Ihr persönliches Verhältnis zu Brüssel und beantwortet unsere 10 Fragen. Außerdem steht die nächste Mitgliederversammlung an, vermutlich Ende Juni. Erfahrungsgemäß werden bei jeder Wahl einige Plätze im Vorstand frei, weswegen ich Ihnen nahelege zu überlegen, ob Sie sich nicht in unsere Arbeit ehrenamtlich einbringen wollen. Dann können Sie Veranstaltungsideen umsetzen, in Vorstandssitzungen über aktuelle europapolitische Entwicklungen diskutieren und – vor allem – richtig nette Leute besser kennenlernen!

Schluss um: Ich sehe für uns alle als Mitglieder der Europa-Union mindestens drei Pflichttermine für 2024: die Elefantenrunde am 10. April, die Europawahl zwischen 6.-9. Juni und Ende Juni unsere Mitgliederversammlung. Ich würde mich freuen, Sie bei einer dieser Gelegenheit begrüßen zu dürfen!

Ihr Prof. Dr. Frank Hoffmeister (Vorsitzender)



Keine Erweiterung der Europäischen Union ohne Reformen

Von Prof. Dr. Christian Calliess, FU Berlin.

Der Autor ist Professor für Europarecht und war für 4 Jahre von 2015–2018 von seiner Professur beurlaubt, um als Rechtsberater des Strategieteam (European Political Strategy Center, EPSC) des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, in Brüssel zu arbeiten.

Mit seinem nur allzu verständlichen Wunsch auf Beitritt setzt der Präsident der Ukraine die Europäische Union (EU) unter Zugzwang und stellt sie vor große politische Herausforderungen. Seitens der EU wird Aufnahme aus geopolitischen Gründen befürwortet. Im Dezember 2023 hat der Europäische Rat die Tür für Beitrittsverhandlungen geöffnet. Im Zuge dessen drängen auch Moldau und Georgien in die EU, der Beitritt des Westbalkans erhält eine neue Dynamik.

Nach Art. 49 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) kann jeder europäische Staat, der die Werte des Art. 2 EUV (vor allem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit) achtet, einen Antrag auf Beitritt stellen. Darauf folgt zwar kein Recht auf Beitritt, aber ein Anspruch auf eine transparente politische Entscheidung im Lichte dieser Kriterien. Zugleich dürfen die Beitrittsverhandlungen keinen Automatismus zur Folge haben, im Zuge dessen die Voraussetzungen einer EU-Mitgliedschaft verwässert werden. Es wäre fahrlässig hier auf Transformationsprozesse nach dem Beitritt zu vertrauen, zumal diese dann schnell als "Fremdbestimmung" der EU gebrandmarkt werden.

Aber nicht weniger wichtig ist eine vorherige Reform der EU selbst. Ansonsten droht eine Überdehnung der EU, die das schleichende Ende der europäischen Integration bedeuten könnte. Zu Recht sprechen sich die Befürworter einer Erweiterung daher für eine vorhergehende Reform der EU aus. Insoweit wird es jedoch nicht ausreichen, in einigen zusätzlichen Bereichen von der Einstimmigkeit

auf Mehrheitsentscheidungen überzugehen. Denn die Herausforderungen sind größerer Natur, die EU ist schon gegenwärtig im Zuge ihrer andauernden „Polykrise“ unter großem Druck. Immer deutlich wird, dass die EU mit dem Euro- und dem Schengenraum „Schönwetterräume“ verwaltet, die auf stürmische Zeiten nicht hinreichend vorbereitet waren und noch immer nicht sind. Von außen kommende Schocks wie die Finanz- und die Migrationskrise, die Corona-Pandemie sowie die Bedrohungen im Bereich der Sicherheit durch Terrorismus und Russlands Krieg gegen die Ukraine machen deutlich, dass die heterogener gewordene EU mit Blick auf die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit ihrer Mitgliedstaaten immer fragiler geworden ist. Eine handlungsunfähige EU droht aber das Vertrauen ihrer Bürger zu verlieren.

Daher muss die Handlungsfähigkeit der EU gestärkt werden. Ziel muss es sein, dass sich die EU in ihrem Handeln gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die grenzüberschreitenden Aufgaben, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert mit sich bringen, konzentriert und entsprechende politische Prioritäten setzt. Gesetzgebungsvorschläge sollten sich auf diese politischen Prioritäten konzentrieren und im Rat – gegebenenfalls unter Nutzung der sog. Brückenklauseln, die ohne Vertragsänderung einen Übergang von der Einstimmigkeit zur Mehrheit ermöglichen – mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden.

Daher muss die Handlungsfähigkeit der EU gestärkt werden. Ziel muss es sein, dass sich die EU in ihrem Handeln gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die grenzüberschreitenden Aufgaben, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert mit sich bringen, konzentriert und entsprechende politische Prioritäten setzt. Gesetzgebungsvorschläge sollten sich auf diese politischen Prioritäten konzentrieren und im Rat – gegebenenfalls unter Nutzung der sog. Brückenklauseln, die ohne Vertragsänderung einen Übergang von der Einstimmigkeit zur Mehrheit ermöglichen – mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Zugleich sind Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in der EU als Rechtsprinzipien, die die Ausübung Zuständigkeiten steuern, als Maßstab für europäisches Handeln stärker zu achten. Ziel ist es, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Vielfalt zu schützen. Diese Vielfalt erlaubt Spielraum für "Experimente" bei der Lösung von politischen Herausforderungen.

Handlungsfähigkeit der EU bedeutet aber auch, dass der Vollzug der beschlossenen europäischen Regeln in den Mitgliedstaaten verbessert wird. Vollzugsdefizite verhindern ein verlässliches und kohärentes Funktionieren der gemeinsamen Politiken und höhlen die EU als "Rechtsgemeinschaft" (Walter Hallstein) sowie das darauf gegründete gegenseitige Vertrauen aus. Nach dem Vorbild des europäischen Kartellrechts sollten daher Modelle kooperativer Rechtsdurchsetzung samt europäischer Auffangverantwortung entwickelt werden. Soll also z.B. die durch den Wegfall der Binnengrenzen ermöglichte Freizügigkeit der Unionsbürger aufrechterhalten werden, müsste im Rahmen der europäischen Flüchtlingspolitik bei Überforderung eines Mitgliedstaates an seiner Außengrenze eine europäische Asylbehörde unterstützend eingreifen können.

Zur vorbereitenden Schlichtung von Kontroversen über den Vorrang des Unionsrechts zwischen dem Gerichtshof der EU und nationalen Verfassungsgerichten sollte ein Europäischer Verfassungsrat geschaffen werden, im Rahmen dessen sich die Präsidenten von EuGH und nationalen Verfassungsgerichten mit nationalen Experten aus der Wissenschaft austauschen, um Kompetenz- und Verfassungskonflikte zu diskutieren und im Wege von Stellungnahmen und Interpretationshilfen zu entschärfen.

Vor allem aber muss die EU im Rahmen einer neuen Architektur flexibler werden. Insoweit geht es nicht um ein statisches „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, das parallele und voneinander getrennte Räume mit verschiedener Integrationsdichte etabliert. Dieses wird nicht nur von den Beitrittskandidaten, sondern auch von vielen Mitgliedstaaten abgelehnt. Insoweit besteht die Befürchtung, zu "Europäern 2. Klasse" zu werden. Als Lösung ließe sich eine neue Architektur für die EU vorstellen, in deren Mittelpunkt sich ein innerer Kreis („Kernunion“) von Mitgliedstaaten befindet. Anders als dies bislang vorgeschlagene Kerneuropa-Vorschläge intendieren, sollte sich dieser Kern aber nicht über eine vertiefte politische Integration, sondern über den ökonomischen Minimalkonsens der EU, den Binnenmarkt, definieren.. Auch wenn dies auf den ersten Blick dem historischen Narrativ der europäischen Integration widerspricht, so würde Mitgliedschaft in der EU dann im Kern Mitgliedschaft im Binnenmarkt samt flankierender Politiken (z.B. Handel, Umwelt, Kohäsion) bedeuten. Um den Binnenmarktkern der EU könnten sich in Form von sich überschneidenden Kreisen stärker integrierte politische Pioniergruppen bilden,

die allesamt durch die europäischen Ordnungsprinzipien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Subsidiarität, Solidarität und Kohärenz verbunden sind.

Wenn aufgrund ihrer innenpolitischen Präferenzen nicht alle Mitgliedstaaten an den notwendigen Maßnahmen und Integrationsschritten mitwirken wollen oder können, sollte die zukünftige Architektur der EU durch "Koalitionen der Willigen und Fähigen" flexibler und damit dynamischer gestaltet werden. Diese Pioniergruppen stehen nur Mitgliedstaaten offen, die willens und administrativ in der Lage sind, deren ambitioniertere Ziele zu verwirklichen. Sollte ein Mitgliedstaat überfordert sein und ihm angebotene Hilfe seitens der EU nicht annehmen oder aber aus anderen Gründen, z.B. nach einer Wahl mit Regierungswechsel, nicht mehr willens sein, die ambitionierten Ziele der Pioniergruppe zu erfüllen, dann muss ein Mechanismus vorgesehen sein, der seinen Austritt und Ausschluss aus dieser ermöglicht. Er wäre damit aber dann nicht aus der EU ausgeschlossen, sondern fiele in den Binnenmarktkern zurück, womit er freilich die Integrationsvorteile der Pioniergruppe verlöre.

Lebhafter Auftakt zum Europawahlkampf in Brüssel

Podiumsdiskussion zur Zukunft der „Großen Koalition der Mitte“

Von Michael Stabenow und Reinhard Boest (erschieden auch im *Belgieninfo.net*, 20. September 2023)

Die in wenigen Monaten stattfindenden Europawahlen werfen ihre Schatten voraus, und die sind eher düster. Zwar gilt auch für diese Wahlen: Meinungsumfragen sind Momentaufnahmen. Aber angesichts der Zustimmung, die EU-skeptische und am rechten politischen Rand angesiedelte Gruppierungen in vielen Mitgliedstaaten aktuell erfahren (wenn sie nicht schon an der Regierung beteiligt sind), ist zu befürchten, dass sie künftig noch mehr Abgeordnete im dann 720 statt 705 Sitze zählenden Europäischen Parlament stellen werden.

Anders als bei Wahlen in den Mitgliedstaaten könnte, wenn es um die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments geht, die Versuchung bei Wählerinnen und Wählern stärker durchschlagen, „Denkzettel“ zu verpassen – in der irrigen Annahme, es gehe um nichts. Dabei ist das EU-Parlament Gesetzgeber wie Bundes- oder Landtag, und seine Entscheidungen – etwa in der Klima- oder Energiepolitik – betreffen jeden Bürger unmittelbar.

Daher kommt einer seit langem im Parlament gültigen Grundregel eine zentrale Bedeutung zu: Um ihr Gewicht bei der Gesetzgebung im Zusammenspiel mit dem in der Gesetzgebung gleichberechtigten Ministerrat – dem Beschlussorgan der 27 Mitgliedstaaten – in die Waagschale werfen zu können, müssen nicht nur Abgeordnete der traditionell größten Fraktionen, die der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Sozialdemokraten (S&D), sondern auch der Liberalen (Renew Europe) und der Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) möglichst an einem Strang ziehen.

In dieser Einschätzung waren sich Abgeordnete der vier Fraktionen bei einer gemeinsam von der Vertretung Baden-Württembergs bei der Europäischen Union sowie der überparteilichen Europa-Union, Verband Brüssel, veranstalteten Podiumsdiskussion grundsätzlich einig. Sie stand unter dem



Titel „Wechselnde Koalitionen im Europäischen Parlament unter der Lupe: Was kommt nach 2024?“ Auch wenn Moderator Ottmar Bebbalk manch brennendes Thema – nicht zuletzt den Umgang mit der Konkurrenz am rechten Rand – unter die Lupe nahm, sorgte er souverän und mit manch launigen Bemerkungen dafür, dass sich die Teilnehmer zwar eine lebhafte Debatte lieferten, aber nicht wirklich in die Haare gerieten.

Tatsächlich handelte es sich um eine reine Männerrunde. Terry Reintke, die Ko-Fraktionsvorsitzende der Grünen, hatte kurzfristig absagen müssen. Für sie war der Sprecher der deutschen Grünen, Rasmus Andresen aus Schleswig-Holstein, eingesprungen. Weitere Teilnehmer waren der Ko-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Daniel Caspary (CDU), der ebenfalls baden-württembergische Abgeordnete

René Repasi von der SPD sowie der nordrhein-westfälische FDP-Parlamentarier Moritz Körner.

Nicht nur Frauen waren auf dem Podium Fehlanzeige. Vertreter der Partei „Die Linke“ und der Alternative für Deutschland (AfD) befanden sich ebenfalls nicht unter den Teilnehmern – auch wenn der Geist vom rechten deutschen und europäischen Rand immer wieder über dem Podium zu schweben schien. Vor allem Caspary und Andresen lieferten sich dabei einen Schlagabtausch. Der Grünen-Abgeordnete warf der EVP-Fraktion und insbesondere deren Vorsitzenden Manfred Weber (CSU) vor, mit der in Straßburg zur euroskeptischen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) zählenden Partei Fratelli d'Italia der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni anbandeln zu wollen. „Wenn die Brandmauer im Parlament nicht mehr steht, dann haben wir ein Problem“, sagte Andresen.

In fast das gleiche Horn stieß der SPD-Abgeordnete Repasi. Er berichtete, dass im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz Christdemokraten und Liberalen gemeinsame Sache mit Abgeordneten von EKR und der noch weiter rechtsstehenden Fraktion Identität und Demokratie (ID) gemacht hätten.

Caspary verwahrte sich dagegen, „als Christdemokrat in die rechte Ecke gestellt zu werden“. Er beklagte aber seinerseits Bestrebungen der Mitte-Links-Konkurrenz, Abgeordnete der Linken im Parlament einzubinden. Es bestehe die Gefahr, dass die Menschen verunsichert würden, was letztlich nur der AfD nutze.

Angesichts von „massiven Zentrifugalkräften“ in Europa, so Caspary, komme es darauf an, dass die europafreundlichen Kräfte im Parlament miteinander redeten. „Wir suchen die Mehrheiten in der Mitte. Wir wollen zusammenführen, nicht spalten“, sagte Caspary. Phasenweise drohte die Diskussion hitzig auf die innenpolitische Bühne abzugleiten – nicht zuletzt über das mit Stimmen von AfD, CDU und FDP im thüringischen Landtag gebilligte Gesetz zur Senkung der Grunderwerbssteuer.

Moderator Berbalk schaffte es jedoch, die Gemüter zu beruhigen und die Diskussion auf die Frage nach einer weiteren Amtszeit von Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin zu lenken. Dabei war die vorherrschende Erwartung zu spüren, dass die CDU-Politikerin eine zweite Amtszeit anstrebe, sich – im März 2024 – zur Spitzenkandidatin der EVP küren lassen, aber nicht um ein Mandat im Europaparlament bewerben werde.

Auch der FDP-Politiker Körner hatte zuvor kräftig gegen die Ausschussarbeit der EU-skeptischen und –feindlichen Konkurrenz ausgeteilt: „Von den Rechten ist nie jemand da. Die kennen sich in der Sache nicht aus.“ Wie solle man mit denen vernünftige Mehrheiten aufbauen? Stattdessen gab Körner die Devise aus: „Wer die Probleme löst, macht am Ende die Populisten klein.“

So weit scheint es aber vorerst nicht zu sein, wie eine eingangs der Veranstaltung vom Politikwissenschaftler Manuel Müller, Mitarbeiter des Finnish Institute of International Affairs und Herausgeber des Blogs „Der (europäische) Föderalist“ vorgestellte Projektion Der (europäische) Föderalist: 2023 (foederalist.eu) zu den Kräfteverhältnissen im Parlament zeigte.

Demnach deuteten die durch Meinungsumfragen in den 27 Mitgliedstaaten ermittelten derzeitigen Wahlabsichten auf eine Verschiebung nach rechts hin. Davon profitiere sowohl die EKR-Fraktion, die mit einem Zuwachs von 66 auf 89 Sitze rechnen könnte, als auch die ID-Fraktion, der eine Zunahme von 61 auf 87 Sitze zugetraut

wird.

Die EVP-Fraktion könnte zwar mit 165 statt 176 Mandaten stärkste Kraft in Straßburg bleiben. Aber Müller gab auch zu bedenken, dass die EVP sich seit einiger Zeit „im Sinkflug“ befinde. Dagegen liege die S&D-Fraktion fast stabil bei 144 statt derzeit 143 Sitzen. Allerdings sei es für die Sozialdemokraten zuletzt insgesamt aufwärts gegangen, auch wenn „die deutsche SPD weiter schwächelt“. Während es für die Liberalen – von 101 auf 95 Mandate – leicht bergab gehen dürfte und für die Fraktion der Linken (GUE/NGL) derzeit Zugewinne um sieben auf 44 Mandate erwartet werden, weist der Weg für die Grünen – von 72 auf 50 Sitze – derzeit steil nach unten. Müller erinnerte jedoch daran, dass die Grünen bei Europawahlen, zu denen sie gut mobilisierten, besser als in Umfragen abschnitten.

Das Fazit – aufgrund des derzeitigen Stimmungsbildes – lautet für Müller trotz der erwarteten Verschiebung der politischen Gewichte nach rechts, dass es im Regelfall, wie auch in den vorangegangenen Wahlperioden (in 65 bis 80 Prozent der Fälle), bei der Zusammenarbeit der „Großen Koalition der Mitte“ bleiben werde und auch müsse. Als Argument dafür führte Müller auch an, dass das Beschlussorgan der EU-Regierungen ebenfalls ein breites politisches Spektrum aufweise. Allerdings bestehe die Gefahr, dass die ständige – erzwungene – Kompromissbildung auf Kosten des politischen Profils der Partner gehe, was wiederum den Rändern Zulauf bescheren könnte.

Der SPD-Mann Repasi gab zudem zu bedenken, dass die EU-Parlamentarier, anders als ihre Kollegen in den Mitgliedstaaten, nicht im engen Korsett von Koalitionsverträgen steckten. Ihr Spielraum sei daher größer, was sich auf die Möglichkeiten zur Bildung politischer Mehrheiten auswirke. Der Politikwissenschaftler Müller sieht es, zumindest wenn man es aus EVP-Sicht betrachte, als „strategisch sinnvoll“ an, die Fühler zuweilen politisch nach rechts auszustrecken. Dies könne im Ringen um politische Mehrheiten in Straßburg als Druckmittel dienen, und die „Machtposition der EVP im Parlament“ stärken. Entsprechendes könnte, falls das Wahlergebnis im Juni 2024 erweiterte Spielräume eröffnet, für Sozialdemokraten auf der linken Seite des politischen Spektrums gelten.

Gastbeitrag

„Erweiterung und Reform der EU“

Von David McAllister, MdEP

Wenn die Europäische Union in Zukunft mehr internationales Gewicht haben will, braucht sie eine besser koordinierte und effektivere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Das hat der barbarische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit Nachdruck unterstrichen. Die EU darf in benachbarten Staaten nicht weiterhin ein politisches Vakuum entstehen lassen, das von antidemokratischen und anti-freiheitlichen Kräften wie Russland oder China ausgenutzt wird. Eine gut funktionierende Erweiterungspolitik ist in diesem Zusammenhang ein kraftvolles Instrument.

Das von der Europäischen Kommission Anfang November veröffentlichte und am 14. Dezember vom Europäischen Rat bestätigte Erweiterungspaket hat eine neue Phase der EU-Erweiterung eingeläutet. Die Ukraine, Moldau, Georgien und die Länder des Westbalkans machen sich auf den Weg in eine europäische Zukunft. Das ist nicht nur eine gute Neuigkeit für die Menschen in den Ländern, sondern auch für die geostrategischen und sicherheitspolitischen Interessen, die die Europäische Union an einer demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ausrichtung dieser Staaten hat.

So ist beispielsweise die Entwicklung der Ukraine, trotz des russischen Angriffskriegs und den enormen Belastungen für das Land und seine Menschen, beeindruckend. Bei der Korruptionsbekämpfung und der Rechtsstaatlichkeit wurden erhebliche Fortschritte gemacht. Auch die Republik Moldau hat mit wichtigen Entscheidungen die neun Vorbedingungen der Europäischen Union erfüllt, die Europäische Kommission würdigt diesen Fortschritt mit ihrer Empfehlung nun. Eben die geopolitischen Gründe, die jetzt für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit diesen beiden Staaten sprechen, gelten auch für den Westbalkan.

Als Europäische Union können wir und keine Grauzonen in unserer Erweiterungspolitik mehr leisten. Sie muss berechenbarer, kohärenter und glaubhafter werden und

die Menschen auf dem Westbalkan direkt erreichen. Damit diese Staaten nicht zum Spielball von Autokraten werden, bedarf es erheblicher Anstrengungen innerhalb der Regierungen, aber eben auch pro-europäischer Impulse von außen.



Unsere Erweiterungspolitik ist eine geostrategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Sie ist eine treibende Kraft für verbesserte wirtschaftliche und soziale Bedingungen für EU-Bürger sowie für den Abbau von Ungleichheiten zwischen Mitgliedstaaten. Die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet, müssen im Mittelpunkt unserer Erweiterungspolitik stehen. Sowohl die zukünftigen Mitglieder als auch die EU müssen zum Zeitpunkt eines Beitritts für eine erneute Erweiterung bereit sein. Daran müssen beide Seiten zeitgleich arbeiten: Die beitragswilligen Länder müssen ihre Anstrengungen zur Reform verstärken – insbesondere in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit. Parallel dazu muss die EU für die notwendigen internen Grundlagen und Reformen sorgen, indem sie die langfristigen Ziele der Europäischen Union und die Wege zu ihrer Verwirklichung festlegt. Sie muss sich mit ihrer Handlungsfähigkeit befassen und so ihre Souveränität langfristig steigern.

Gastbeitrag

Neuer Schwung für Erweiterung und Reformen

Von Dr. Anna Lührmann, Staatsministerin für Europa und Klima

Der Jahreswechsel lädt bekanntlich zu Reflexion und Ausblick ein. Oft wurde ich in den vergangenen Tagen nach meinem eigenen Jahres-Resümee gefragt und viele zeigen sich ob meiner positiven Bewertung überrascht. Trotz der sich überlappenden Krisen haben wir einen Weg gefunden, der Ukraine, Moldau und Georgien eine klare EU-Perspektive zu geben: mit dieser historischen Entscheidung haben wir dem Wunsch unserer europäischen Freundinnen und Freunde nach Frieden, Freiheit, Wohlstand und Demokratie entsprochen und die Länder des sogenannten Trios auf die gleiche Stufe mit den Beitrittskandidaten des Westlichen Balkan gestellt.

Die Erweiterung der EU ist eine geopolitische Notwendigkeit und Chance zugleich. Wir müssen diese Chance ergreifen, denn sie ist in unserem ureigenen Interesse: Die Erweiterung macht Europa sicherer und stabiler. Die Aufnahme weiterer Mitglieder und die Reform der EU gehen dabei Hand in Hand. Es ist wichtig, dass wir als EU selbst reformfähig bleiben, wie wir auch von den Kandidatenländern viele Reformanstrengungen erwarten. Wir müssen an der Aufnahmebereitschaft der EU arbeiten, denn auch das haben wir in den Kopenhagener Kriterien festgehalten. Und wir müssen sicherstellen, dass auch die erweiterte EU handlungsfähig und resilient bleibt, um die Herausforderungen der Zukunft mit Bravour zu meistern.

Dies ist unser Ausgangspunkt für das kommende Jahr. Unser Ziel ist eine größere und stärkere Union. Dafür müssen wir unsere Handlungsfähigkeit erhalten und verbessern. Wir müssen angesichts der vielfältigen Krisen und Erwartungen an uns als geopolitischer Akteur schnell-

er Entscheidungen treffen und Blockademöglichkeiten reduzieren. Deswegen streben wir die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, in der Steuerpolitik und technischen Fragen der Erweiterungspolitik an.

Dabei ist es wichtig, die Flexibilität des Vertrags von Lissabon zu nutzen. Beispielsweise können wir Entscheidungen in qualifizierte Mehrheiten über die Passerelle-Klausel überführen. Auch die Möglichkeit der konstruktiven Enthaltung sollte häufiger in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig sollten wir auch über „Sicherheitsnetze“ nachdenken, wenn nationale Kerninteressen eines Mitgliedstaates stark beeinträchtigt sind. Unter den Mitgliedstaaten ist die Bereitschaft hoch darüber nachzudenken und unter der belgischen Ratspräsidentschaft eine Road-map zu erarbeiten, die konkreten Ziele, Zeitplan und Umsetzung festlegt.

Im Fokus der Reformdebatte muss der Schutz der europäischen Werte stehen. Wie können wir unsere Rechtsstaatsinstrumente verbessern und unsere Demokratien gegen Angriffe von außen wie von innen schützen? Die Herausforderungen sind zahlreich, die Hoffnungen der Europäerinnen und Europäer groß. Lasst uns diesen Schwung nutzen, um die Europäische Union noch stärker, noch handlungsfähiger und noch resilienter für die Zukunft zu machen!



Veranstaltungsbericht

Hoffnung in Halle

Von Julia Preiss und Benjamin Feyen (Europa-Union Deutschland, Mitglieder im Vorstand des Verbands Brüssel)

Ganz im Zeichen der kommenden Europawahl 2024 stand der 66. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland, der unter dem Motto „Hoffnung statt Angst: Wir wählen Europa!“ am 14. und 15. Oktober 2023 in Halle (Saale) stattfand. Auf der Tagesordnung stand außerdem die Wahl des neuen EUD-Präsidiums. Unter den insgesamt rund 200 Delegierten waren Julia Preiß und Benjamin Feyen, die unsere Europa-Union Brüssel vor Ort vertraten.

Das Motto des Bundeskongresses war nicht zufällig gewählt: #EurHope heißt die transnationale Kampagne von EUD und JEF zu den Europawahlen, die EUD-Generalsekretär Christian Moss und JEF-Bundsvorsitzende Clara Föller den Delegierten und Gästen des Bundeskongresses gemeinsam präsentierten. Mit #EurHope wollen wir das Engagement unseres Verbandes für ein demokratisches und föderales Europa sichtbar machen, zugleich sollen Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, vor den anstehenden Europawahlen Hoffnung für Europa zu entfachen und Menschen für Europa zu begeistern und zu mobilisieren. Details zur #EurHope-Kampagne gibt's im Internet auf <https://eurhope.de/>.

Wie wichtig ein solches Engagement in diesen Zeiten ist, beweisen immer wieder Wahlerfolge extremistischer und populistischer Parteien. Für eine deutliche Abgrenzung von diesen macht sich die Europa-Union stark und hat unter der Überschrift „Die Brandmauer der Demokratie muss stehen!“ einen Beschluss getroffen, der vom Bundeskongress verabschiedet wurde. Hierin fordert die EUD die demokratischen Parteien mit Blick auf die Europawahlen auf, sich von extremistischen Parteien klar abzugrenzen und deren EU-skeptische Positionen nicht zu übernehmen, sondern ganz im Gegenteil die Demokratie und den Rechtsstaat in der ganzen EU zu verteidigen und dazu auch untereinander gesprächs- und koalitionsbereit zu sein. Der Beschluss ist hier zu finden.

In weiteren Beschlüssen sprachen sich die Delegierten gegen Kürzungen im Bereich der politischen Bildung, bei der Jugendhilfe und bei Freiwilligendiensten aus sowie für eine handlungsfähigere Europäische Union. Weitere Beschlüsse gab es zu Themen wie dem Digitalen Euro, den Beziehungen zwischen EU und der Schweiz sowie dem deutschen Beitrag für die europäische Sicherheit. Verlinkungen zu allen Beschlüssen sind auf der Website des Bundesverbandes zu finden.



Copyright: Europa-Union Deutschland e.V.

Mit Blick auf die in Halle durchgeführten Gremienwahlen ist aus Brüsseler Sicht besonders erfreulich, dass unser Mitglied Christian Beck als EUD-Präsidiumsmitglied wiedergewählt wurde. Weiterhin wurden die Mitglieder der Parlamentariergruppe Rainer Wieland MdEP (Präsident) und Gabriele Bischoff MdEP (Vize-Präsidentin) in ihren Ämtern bestätigt. Neu im Präsidium ist außerdem der Vorsitzende der Parlamentariergruppe Niklas Nienäß MdEP. Ein Überblick über das gesamte Präsidium ist auf <https://www.europa-union.de/ueber-uns/gremien/praesidium> zu finden. Als zwei von 26 EUD-Delegierten für das Federal Committee der UEF wählte der Kongress unsere Brüsseler Mitglieder Julia Preiß und Benjamin Feyen. Somit ist unsere Europa-Union Brüssel sowohl auf Bundesebene wie auch innerhalb der UEF derzeit gut repräsentiert.

Veranstaltungsbericht

„MEET THE MEP“ - Europaabgeordnete ganz persönlich

Von Benjamin Feyen, (Europa-Union Deutschland, Mitglied im Vorstand des Verbands Brüssel)

Die Europa-Union Brüssel richtet seit einiger Zeit den Fokus unserer Verbandsarbeit noch stärker auf junge Berufstätige in Brüssel und baut entsprechende Veranstaltungs- und Vernetzungsangebote weiter aus, für die offenbar großer Bedarf besteht. Ganz neu ist in diesem Zusammenhang die Veranstaltungsreihe „MEET THE MEP“, welche wir im vergangenen Herbst gemeinsam mit der EUD-Parlamentariergruppe des Europäischen Parlaments ins Leben gerufen haben. Ziel ist es, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Europawahlen 2024 jungen Berufstätigen im Rahmen eines monatlich stattfindenden europapolitischen Stammtischs die Gelegenheit zur besseren Vernetzung untereinander zu bieten und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit für einen informellen Austausch mit deutschen Europaabgeordneten zu geben.

Es hat uns sehr gefreut, dass wir für den Startschuss von „MEET THE MEP“ am 23. Oktober 2023 in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union mit Axel Voss MdEP (CDU) den Vorsitzenden des Kreisverbands der Europa-Union Bonn/ Rhein-Sieg gewinnen konnten. Nach einer Begrüßung durch Rainer Steffens, Leiter der Landesvertretung NRW, und einer Einführung durch Vorstandsmitglieder der EUD Brüssel, wurde das Wort direkt an Axel Voss übergeben. Als langjähriger Koordinator im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments liegt der Fokus seiner parlamentarischen Arbeit in erster Linie auf Digital- und Rechtspolitik. So unterstrich Axel Voss im Gespräch mit den jungen Berufstätigen, dass er sich als Schattenberichterstatter zur Datenschutz-Grundverordnung sowie als Berichterstatter zu künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter stets dafür einsetzt, dass technischer Fortschritt immer



auch mit dem Schutz persönlicher Daten einhergeht. Angespornt durch sein feuriges Plädoyer für Europa und seine Begeisterung für die parlamentarische Demokratie konnte Axel Voss bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch das Interesse an einer beruflichen Tätigkeit im Europäischen Parlament wecken. Auf die Frage, was einen guten Parlamentarischen Assistenten ausmache, antwortete Axel Voss, dass es aus seiner Sicht sehr stark auf die persönliche Motivation und Einsatzbereitschaft ankomme, wobei Abschlüsse und Bestnoten erst an zweiter Stelle stünden.

Die Fortsetzung unserer Reihe „MEET THE MEP“ folgte am 27. November 2023 mit Marion Walsmann MdEP (CDU), stellvertretende Vorsitzende der Europa-Union Thüringen, in der Landesvertretung des Freistaats Thüringen. Marion Walsmann ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments – dort u.a. stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses und Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz – und kann zudem bereits auf eine langjährige politische Karriere auf Landesebene zurückblicken. So berichtete Frau Walsmann den jungen Politikinteressierten von ihrer Mitgliedschaft in der CDU-Fraktion in der DDR-Volkskammer und ihren Ämtern als thüringische Justizministerin, Finanzministerin sowie Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Thüringer Staatskanzlei. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser zweiten Veranstaltung interessierten sich dabei besonders für die Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung in der Volkskammer der damaligen DDR sowie für die Unterschiede zwischen Landespolitik und EU-Gesetzgebung..

Foto copyright: Europa-Union Deutschland e.V.

Aufgrund der Tatsache, dass EU- und Landespolitik immer stärker miteinander verwoben sind, sieht Frau Walsmann sich als Europaabgeordnete in erster Linie in der Pflicht, den Menschen vor Ort Europapolitik nahe zu bringen. Da ihr bei ihrer Arbeit der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern Ihres Wahlkreises nach wie vor besonders wichtig ist, verbringt sie neben den Sitzungen des Europäischen Parlaments in Brüssel oder Straßburg so viel Zeit wie möglich in ihrer thüringischen Heimat. Dass sie diesen Balance-Akt zwischen Brüssel/ Straßburg und Thüringen so gut meistert, hat Frau Walsmann vor allem ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und insbesondere ihrer Familie zu verdanken. Ohne den familiären Rückhalt wären die vielen Abend- und Wochenendtermine wohl nicht möglich, sagt sie.

Wir danken Marion Walsmann und Axel Voss sehr herzlich für diese sehr persönlichen Einblicke in die Tätigkeiten von Europaabgeordneten und freuen uns bereits auf die Fortsetzung von „MEET THE MEP“ im neuen Jahr. Los ging es am 29. Januar mit Niklas Nienaß MdEP (Bündnis 90/Die Grünen), Abgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern sowie Vorsitzender der EUD-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament und Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland.



Gastbeitrag

THE UEF AND ITS AGENDA TOWARDS THE EUROPEAN ELECTIONS 2024

Von Domènec Ruiz Devesa, Member of the European Parliament, President of the Union of European Federalists (UEF)

The Union of European Federalists is facing a crucial moment in view of the elections to the European Parliament of June 2024. At our XXVII Congress of 25-26 November 2023, the UEF adopted the political Manifesto “For a Federal Europe: The urgency of overcoming the current treaties” in which we set the main elements of our political strategy.

Firstly, we must recall that we are facing a critical political moment after the pandemic of Covid-19, marked by the ongoing war in Ukraine and Middle East and the structural transnational challenges (climate emergency, digital transition, among other). The war of aggression of Putin in Ukraine has highlighted the need to enlarge our Union to Ukraine, Moldova, Georgia and the Western Balkans. This is just not a moral obligation but a geopolitical necessity. At the same time, the Conference on the Future of Europe concluded on 9 May 2022, delivered a clear mandate: Europe should be more capable to act, more democratic and closer to its citizens.

Having said that, we need to address the question of deepening in view of enlargement. The challenge of enlarging the Union implies the introduction of new policies, and new institutional arrangements in the new Treaty improving the decision making process in view of a Union of up to thirty-six Member States.

On the policy dimension, we must complete the unions initiated as a result of the euro crisis, such as the banking union, the capital markets union, but also the financial and fiscal union initiated with the Recovery Plan. This instrument must be consolidated in the Treaty as an anti-cyclical instrument, and for the funding of the ecological transition and the energy union. The European Pillar of Social Rights must also be incorporated into the Treaty.

On decision-making, we need to end unanimity in the Council, and the consequent increase in the possibilities of blockage due to the use of the veto in certain strategic policies (foreign policy, taxation, multiannual budget,

own resources, electoral law, monitoring of the rule of law, reform of the Treaties, among others). In some matters it can be done within the Treaty of Lisbon (activation of the qualified majority through the so-called pasarellele clauses on taxation, foreign policy) but in other cases it is essential to reform the Treaty (composition of the European Parliament, introduction of the Court of Justice in the rule of law surveillance mechanism, etc.). Furthermore, the democratic dimension of the Union must be strengthened granting the right to initiate legislation to the European Parliament and completing the Parliament prerogatives on decisions regarding the Union's own resources, future European taxes, and the issuance of debt.

For the reasons expressed above, the European Parliament has adopted on 22 November 2023 the report on proposals of the European Parliament for the amendments of the Treaties. The European Council must now decide whether to convene the constitutional Convention. In this regard, we have conveyed our request to the President of the European Council, Charles Michel, for the inclusion in the agenda of the European Council an exchange of views on the Parliament report on proposals for the amendment of the Treaty.

Secondly, beside these political proposals we need to strengthen the cooperation with our national sections, as they are our grassroots organisations. In this regard, UEF will launch actions to europeanise the whole electoral process. We have requested to the European political parties to follow the recommendations of the European Parliament's report on European Elections 2024 to give more visibility to the European political parties logos and manifestos and to agree on post-electoral agreements to ensure the respect to the Spitzenkandidat process.

The cooperation between UEF and our national members as E.U.D is crucial to provide the answers that citizens are requesting and to continue the federalisation of the EU.

10 Fragen an... Sabine Overkämping

Mitglied im Vorstand der Europa Union Deutschland, Verband Brüssel

1.) Tätigkeit: Dienststellenleiterin der Einrichtung aller 16 Länder „Der Beobachter der Länder bei der Europäischen Union“

2.) In Brüssel seit: Das erste Mal von 1997 bis 2004 und nun das zweite Mal seit Januar 2020.

3.) Hobbies: Lesen, Kunst und Kultur, Reisen.

4.) Man trifft mich in Brüssel: Im Flagey, aber meistens in der Einrichtung.

5.) Eine meiner Lieblingsaussichtspunkte in Brüssel: Am Justizpalast in die Marollen schauend.

6.) Meine Buchempfehlung: Das achte Leben (Für Brilka) von Nino Haratischwili

7.) Lieblingszitat oder Motto: „Denn wer nach seiner Überzeugung handelt, und sei sie noch so mangelhaft, der kann nie ganz zugrunde gehen.“ Annette von Droste-Hülshoff.

8.) Bei der Europa-Union bin ich dabei: Lange habe ich gedacht, dass das geeinte Europa nicht ernsthaft in Frage gestellt werden kann. Tatsächlich braucht es dafür aber immerfort Einsatz, auch im Ehrenamt.

9.) Europa bedeutet für mich: ein guter Ort zum Leben und Arbeiten.

10.) Mein Wunsch an Europa: Möge Europa weiter in der Lage sein, Konflikte und Krisen – wenn notwendig in Allianzen - nachhaltig zu lösen.



IMPRESSUM

Europa-Union Deutschland e.V. Verband Brüssel
c/o UEF
Rue d'Arlon 53
B - 1000 Brüssel
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Lars Koenig, Ilka Wölflé